



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

NM/I/ 2

ORIGINAL: englisch

DATUM: 15. Oktober 1974

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENE

SITZUNG VON VERBANDS- UND NICHTVERBANDSSTAATEN

Genf, 21. bis 23. Oktober 1974

STELLUNGNAHMEN VON TEILNEHMERN

Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika

Das State Department der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 20. September 1974 die anliegende Stellungnahme übermittelt; sie betrifft Vorschläge für Änderungen des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, die den Vereinigten Staaten den Beitritt zu dem Übereinkommen erleichtern sollen.

[Anlage folgt]

Schreiben des Direktors des Office of Business Practices des U.S. Department
of State, Mr. Harvey Winter, an den Generalsekretär der UPOV

vom 20. September 1974

Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte Sie von ihrem Interesse an der Förderung von gewerblichen Schutzrechten an neuen Pflanzensorten unterrichten. Um dieses wichtige Ziel zu erreichen, erwägen wir ernsthaft, ob es erwünscht ist, dem Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) anzugehören.

Viele Überlegungen müssen allerdings bei der Entscheidung über eine solche Mitgliedschaft in Erwägung gezogen werden. Wir wägen Änderungen einiger unserer Gesetze und Verfahren unter dem Gesichtspunkt der bedeutenden Vorteile ab, die unsere Staatsbürger hierdurch erhalten können. Einige Vorschriften der UPOV erfordern jedoch Änderungen unserer Gesetze und Verfahren, die nach unserer Auffassung nicht im Interesse unserer Pflanzenzüchter liegen.

Wir haben einige Vorschläge für Änderungen der Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens anzubieten, die für uns von grosser Bedeutung sind. Wir glauben, dass diese Vorschläge den meisten unserer Bedürfnisse entgegenkommen würden, während sie die Ziele und den Wert der UPOV nicht beeinträchtigen.

In der Sitzung in diesem Oktober hofft unsere Regierung, die Auffassungen der Delegationen der Mitgliedstaaten und der Beobachter zu unseren Vorschlägen zu erhalten. Zur Beurteilung dieser Ansichten werden wir die verschiedenen Zweige unserer landwirtschaftlichen Gewerkekreise um ihre Stellungnahmen bitten.

Zu diesem Zeitpunkt haben Sie zweifellos den Brief von Mr. John C. Blum vom U.S. Landwirtschaftsdepartment erhalten. Wie Sie wissen, verwaltet das Landwirtschaftsdepartment das Sortenschutzgesetz der Vereinigten Staaten. Dieses Gesetz betrifft die Gewährung und den Schutz von Rechten für generativ vermehrbare Pflanzensorten. Rechte für vegetativ vermehrbare Pflanzensorten, die aufgrund unserer Patentgesetze erteilt werden, fallen in die Zuständigkeit des Patentamts der Vereinigten Staaten. Diese Körperschaften unterscheiden sich voneinander und werden getrennt verwaltet. Ich gehe deshalb davon aus, dass dieses Schreiben den Brief von Mr. Blum bei der Darstellung der Ansichten unserer Regierung über eine mögliche Zugehörigkeit zur UPOV ersetzt.

Artikel 2 anerkennt das Recht eines Mitgliedstaats, Züchterrechte entweder durch einen besonderen Schutztitel oder durch ein Patent zuzuerkennen. Der Artikel untersagt es allerdings einem Mitgliedstaat, zwei Schutzformen für eine bestimmte Pflanzensorte vorzusehen.

In den Vereinigten Staaten kann ein Patent für eine Sorte erteilt werden, die vegetativ vermehrt worden ist. Wird die gleiche Sorte generativ vermehrt, so kann auch ein Sortenschutzrecht nach dem amerikanischen Sortenschutzgesetz erteilt werden. Entsprechend kommt eine einzelne Pflanzensorte für den Schutz unter beiden Schutzformen, die unsere Gesetze gewähren, in Betracht.

Wir sehen keinen zwingenden Grund, warum Mitgliedstaaten gehindert sein sollten, Rechte in mehr als einer Form für eine bestimmte Pflanzensorte vorzusehen. Wenn diese Rechte sich in ihrem Inhalt unterscheiden, wie es in den Vereinigten Staaten der Fall ist, so sollte ein Züchter in der Lage sein, sich beider Schutzformen zu bedienen. Auf diese Weise erhält er die Gesamtheit der Rechte, die dieser Staat anbietet. Wir schlagen daher eine Änderung des Artikels 2 vor, die es einem Mitgliedstaat gestattet, eine einzelne Art unter zwei Formen zu schützen. Allerdings darf der Schutz unter zwei Formen, wie wir ihn vorschlagen, nicht eine Ausdehnung der Ausschlussrechte zur Folge haben.

Artikel 3 und 4 behandeln die Inländerbehandlung und legen die Bedingungen fest, unter denen sie von Verbandsstaaten ausländischen Staatsangehörigen gewährt wird. Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, dass Staaten geeignete Massnahmen treffen müssen, um den Schutz der Vermögensrechte ihrer Staatsangehörigen sicherzustellen. Um dies zu erreichen, kann entweder die Inländerbehandlung oder die Reziprozität das geeignete Mittel sein. In den Vereinigten Staaten wird die Inländerbehandlung für vegetativ vermehrbare Sorten gewährt; generativ vermehrbare Sorten werden auf der Basis der Gegenseitigkeit geschützt. Die Vereinigten Staaten prüfen zur Zeit angelegentlich diese Frage.

Es scheint uns, dass die Politik der Mitgliedstaaten, amtlich durchgeführte und überwachte Anbauprüfungen zu fordern, wozu sie nach Artikel 7 ermächtigt sind, ein wesentliches Hindernis für die Anwendung des Schutzes darstellt. Wir möchten die Beseitigung dieser Prüfung vorschlagen. Abgesehen davon, dass hierdurch der Schutz von Pflanzenzüchtungen beschleunigt würde, könnte die Beseitigung dieser Prüfungen auch die erheblichen Kosten, die zur Zeit anfallen, vermindern.

Kein Zweig unserer Regierung, der sich mit der Prüfung neuer Pflanzensorten befasst, hält es für notwendig, Anbauprüfungen durchzuführen oder in die Wege zu leiten, um die Neuheit einer Pflanzensorte festzustellen. Unsere Erfahrungen sprechen mehr für das Gegenteil. Eine strenge Prüfung kann in befriedigender Weise ohne obligatorische Anbauprüfungen erfolgen. Im allgemeinen verdoppelt der Anbau zu Prüfungszwecken lediglich die Prüfungen, die der Züchter bereits durchgeführt hat, bevor er um Schutz nachsucht. Wir können uns auf die Beschreibung der Sorte durch den Züchter selbst und auf andere verfügbare Informationen verlassen.

Artikel 5 regelt die Rechte der Pflanzenzüchter gegen eine unerlaubte Nutzung ihrer Sorten. Wir schlagen nachstehend einige Änderungen zu diesem Artikel vor.

Artikel 5 unterscheidet zwischen gewerblicher und nicht gewerblicher Nutzung bei der Bestimmung, ob eine Verletzung der Züchterrechte erfolgt ist. Wir glauben, dass bei vegetativ vermehrbaren Pflanzen Züchter gegen jede unberechtigte Vermehrung geschützt werden müssen, ob diese nun zu gewerblichen oder zu nicht gewerblichen Zwecken erfolgt. Wir hoffen entsprechend, dass Überlegungen für eine angemessene Änderung des Artikels 5 in dieser Richtung angestellt werden können. Allerdings sollte die Benutzung zu experimentellen Zwecken keine Verletzung darstellen.

Artikel 5, wie wir ihn verstehen, gestattet die nicht genehmigte generative Vermehrung für andere als Vermehrungszwecke oder für Versuche. Allerdings verbietet er die nicht genehmigte Vermehrung oder den Verkauf für eine Nutzung als Vermehrungsmaterial. Wir stimmen diesen Vorschriften zu, wenn sie einem Landwirt oder einem Gärtner gestatten, Saatgut aus einer genehmigten Aussaat zurückzuhalten, um die Aussaat für die Ernte des nächsten Jahres vorzunehmen.

Die Artikel 6 und 7 betreffen die Prüfung und stellen Kriterien und Massstäbe dafür auf, wann eine Sorte neu ist. Wir erkennen voll die Notwendigkeit einer Prüfung als Voraussetzung dafür an, dass ein Sortenschutzrecht oder ein Patent für eine neue Pflanzensorte erteilt wird. Allerdings glauben wir nicht, dass ein universeller oder weltweiter Massstab für die Beurteilung der Schutzfähigkeit, wie er in Artikel 6 Buchstabe a aufgestellt wird, praktisch oder besonders nützlich ist. Dieser Massstab setzt die Fähigkeit der Prüfungsbehörde voraus, nicht schriftlich niedergelegtes Wissen aus jedem Land in der Welt betreffend die Verwendung oder den Verkauf unterschiedlicher Pflanzensorten zu erhalten und zu verwenden. Dies ist ein ganz ausserordentlich schwieriger und schwer fassbarer Massstab. Wir schlagen vor, in Artikel 6 einen Massstab aufzustellen, demzufolge der Schutz nur versagt werden kann, wenn die Sorte in dem Staat, wo um Schutz nachgesucht wird, allgemein bekannt ist, verwendet wird oder sich im Handel befindet.

Artikel 6 gestattet es einem Pflanzenzüchter nicht, vor dem Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung zur Erteilung von Sortenschutz seine Sorte gewerbsmässig zu vertreiben. Jedoch darf ein solcher gewerbsmässiger Vertrieb in einem anderen Staat als in dem, in dem um Schutz nachgesucht wird, für vier Jahre vor der Schutzrechtsanmeldung erfolgen. Diese Vierjahresfrist ist, wie wir sie verstehen, eingeführt worden, um zu ermöglichen, dass der Handelswert der Sorte eingeschätzt werden kann.

Wir empfehlen, statt dieser Regelung die Einführung einer Schonfrist zu erwägen, während der eine Pflanzensorte in einem Mitgliedstaat gewerbsmässig vertrieben werden kann, ohne dass hierdurch das Recht des Züchters, Sortenschutz in diesem Staat zu erlangen, beeinträchtigt wird. Wahrscheinlich würde eine Schonfrist von einem Jahr genügen.

Sowohl Artikel 6 in seiner gegenwärtigen Fassung als auch unsere Empfehlung für eine Schonfrist verlangen ein klares Verständnis der Natur und der Bedeutung des Begriffs "gewerbsmässiger Vertrieb" ("commercialization") im Saathandel. Sicherlich sollten Versuche nicht als "gewerbsmässiger Vertrieb" betrachtet werden. Wir schlagen deshalb vor, einen Zusatz zu Artikel 6 ins Auge zu fassen, der sich an Artikel 102 unseres Sortenschutzgesetzes anlehnt, um die Bedeutung dieses Begriffs näher zu erläutern, nämlich:

"Ein Inhaber, der den Besitz von Saatgut oder anderem generativ vermehr-
barem Pflanzenmaterial für Versuchszwecke freigibt, nachdem er bekanntge-
geben hat, dass die Freigabe nur für Versuchszwecke erfolgt, behält die
Inhaberschaft hieran. Jede Abweichung von den genehmigten Versuchsvor-
haben oder jede nicht berechnigte Finbehaltung von solchem Material durch
Personen, die davon Kenntnis haben, dass sich die Mitteilung hierauf be-
zieht, oder von Personen, denen die Kenntnis der Mitteilung zur Last ge-
legt werden kann, ist verboten und verletzt die Rechte des Inhabers.
Jeder, der das Material mit einer angehefteten oder aufgeklebten Mit-
teilung erhält, muss sich Kenntnis dieser Mitteilung entgegenhalten
lassen."

Artikel 8 legt die Mindestschutzdauer je nach Art der Pflanze fest. Wir erkennen an, dass die Schutzdauer lang genug sein muss, um Anreize für die Ent-
wicklung neuer Sorten zu geben. Nichtsdestoweniger schlagen wir vor, eine
einfachere Vorschrift in dem Übereinkommen zu erwägen, die eine Mindestschutz-
dauer von 15 Jahren für alle Sorten festlegt. Eine solche Mindestschutzdauer
würde mangelnde Übereinstimmungen mit bestimmten nationalen Rechten vermeiden,
die eine kürzere Schutzdauer als 18 Jahre, wie sie nach Artikel 8 für einzelne
Pflanzen gefordert wird, vorsehen. Die Festsetzung der Schutzdauer könnte der
Bestimmung auf nationaler Basis überlassen bleiben.

Es sollte auch erwogen werden, die Schutzdauer vom Tag der Anmeldung
zur Erteilung von Sortenschutz in einem nationalen Amt an zu berechnen. Eine
Berechnung der Schutzdauer auf diese Weise würde in Übereinstimmung stehen
mit der Regelung in vielen Gesetzen auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums.

Wir stellen fest, dass Artikel 9 nationalen Behörden gestattet, unter be-
stimmten Umständen die freie Ausübung der Sortenschutz- oder Patentrechte ein-
zuschränken. Wir verstehen, dass dieser Artikel unausgesprochen die Erteilung
von Zwangslizenzen an Sortenschutzrechten oder Patenten gestattet. Während
wir das Recht hierzu nicht in Frage stellen, schlagen wir doch eine Änderung
vor, die die Erteilung von Zwangslizenzen nur unter den Bedingungen in Artikel 5
der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums von 1883
gestattet. Wir weisen darauf hin, dass die Bestimmungen über Zwangslizenzen,
wie sie von unserem Landwirtschaftsministerium gehandhabt und auch von unseren
Gerichten in Patentsachen angewendet werden, voll mit den Bestimmungen des
Artikels 5 des Pariser Übereinkommens übereinstimmen.

Artikel 10 setzt die Bedingungen fest, unter denen Züchterrechte geändert
oder aufgehoben werden können. Eine Grundlage für die Aufhebung ist der Mangel,
einem nationalen Amt, auf dessen Anforderung Züchtungs- oder Vermehrungsmaterial
vorzulegen, mit dem die geschützte Sorte hergestellt werden kann.

Wir stehen diesem Erfordernis nicht unbedingt kritisch gegenüber, weisen
aber doch darauf hin, dass die Aufrechterhaltung von Vermehrungsmaterial kein
Erfordernis unserer Patentrechte ist und dass unser Patentsystem ohne diese An-
forderung gut funktioniert. Ein Züchter, der nicht in der Lage ist, die Merk-
male der Sorte aufrechtzuerhalten, muss damit rechnen, dass seine Rechte an
dieser Sorte zurückgezogen werden. Entsprechend schlagen wir vor, dass die
Aufrechterhaltung von Vermehrungsmaterial den nationalen Rechten überlassen
bleibt.

Ausserdem haben viele oder die meisten Staaten, darunter die Vereinigten
Staaten, individuelle und besondere Gründe für die Aufhebung oder die Nichtig-
erklärung von Rechten auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums, die über die
in Artikel 10 anerkannten Gründe hinausgehen. Wir schlagen daher eine Änderung
des Artikels 10 vor, die es nationalen Behörden gestattet, Rechte an neuen
Sorten auch aus diesen nationalen Gründen für nichtig zu erklären oder aufzu-
heben. Dieser Vorschlag würde eine Revision des Artikels 10 Abs. 4 notwendig
machen.

Wie wir Artikel 12 verstehen, gestattet er, dass die Prüfung von Anmeldungen zum Patent oder zum Sortenschutz unter bestimmten Umständen bis auf vier Jahre nach der Anmeldung in einem nationalen Amt verschoben wird. Unserer Meinung nach sollten jedoch Anmeldungen für Rechte an neuen Sorten so schnell wie möglich nach Eingang beim nationalen Amt geprüft werden. Ein anderes Verhalten könnte die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Rechte an diesen Sorten irreführen. Wir schlagen eine Revision des Artikels 12 mit dem Ziel vor, die Verschiebung der Prüfung von Anmeldungen zum Sortenschutz oder zum Patent auszuschliessen.

Die Artikel 13 und 36 des Übereinkommens betreffen die Sortenbezeichnungen. Wir schätzen die praktische Bedeutung des Schutzes von Sortenbezeichnungen ebenso hoch ein wie den Schutz von Sorten selbst. Wir erkennen auch die Notwendigkeit an sicherzustellen, dass niemand Sortenbezeichnungen als Warenzeichen an sich reißen kann und dass Warenzeichen nicht unberechtigt als Sortenbezeichnungen verwendet werden können.

Nichtsdestoweniger schlagen wir vor, dass die Auswahl und die Bewertung von Sortenbezeichnungen und die Einzelheiten ihrer Verwaltung den nationalen Rechten überlassen bleibt. Auf der anderen Seite regelt das Übereinkommen berechtigterweise, dass Sortenbezeichnungen ihrer Natur nach Gattungsbezeichnungen sind und nicht als Warenzeichen verwendet werden können. Deshalb sollte die Funktion der UPOV bei der Information von Staaten über die Verwendung von Sortenbezeichnungen beibehalten und möglichst noch verstärkt werden.

Wir sind besorgt über die Wirkungen von Saatgut- und Pflanzenkontrollmassnahmen in den Mitgliedstaaten der UPOV beim Vertrieb neuer Pflanzenzüchtungen. Artikel 14 anerkennt die möglichen Wirkungen dieser Massnahmen, die in dem Ausschluss oder der Behinderung des Vertriebs liegen können, selbst dann an, wenn Sortenschutzrechte erlangt worden sind. Wir hoffen, dass Wege gefunden werden, diese Kontrollmassnahmen zu liberalisieren, Wege, die vereinbar sind mit dem legitimen nationalen Interesse an der Aufrechterhaltung einer hohen Qualität und anderer Massstäbe für gewerblich verwertetes Pflanzgut.

Wir machen uns Sorgen über die Kosten einer Zugehörigkeit zur UPOV. Natürlich hängen die anfänglichen und jährlichen Ausgaben von der Zahl der Mitgliedstaaten ab. Dennoch hoffen wir, dass in der Sitzung Mittel und Wege gefunden werden, um diese Unkosten zu verringern.

Mit Hinblick auf die vorläufige Tagesordnung der Sitzung stellen wir fest, dass eine sehr kurze Zeit für die Diskussionen über besondere Fragen, die von Nichtmitgliedstaaten vorgeschlagen werden, vorgesehen ist. Wir glauben, dass diesem Teil eine wesentliche Bedeutung innerhalb der Gesamttagung zukommt und dass eine grosse Zahl von Beobachtern und Delegierten wünschen wird, ihre Ansichten vorzutragen und Vorschläge den anderen Ländern zu unterbreiten. Wir schlagen deshalb vor, dass, wenn dies noch möglich ist, die Tagesordnung überprüft wird, um mehr Zeit für diese Diskussion bereitzustellen.

Ich hoffe, dass diese Vorschläge Ihnen bei der Vorbereitung der Sitzung eine Hilfe sein werden. Diese Vorschläge beziehen sich natürlich auf den gegenwärtigen Text der UPOV. Die Delegation der Vereinigten Staaten wird gerne andere Vorschläge und Bemerkungen, wie sie sich aus der Sitzung ergeben, erwägen und erörtern.

[Ende des Dokumentes]